



HESSISCHER LANDTAG

13. 11. 2020

SIA

Berichtsantrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen in Hessen

Menschen mit psychischen Problemen benötigen angemessene Rahmenbedingungen, um eine funktionierende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Diese verlangen in der Regel ein gut ausgebautes ambulantes Behandlungsnetz, auch um in Krisenzeiten nicht zwangsläufig in eine stationäre Einrichtung gehen zu müssen.

Folgerichtig heißt es im Hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (HessPsychKHG) vom 4. Mai 2017 im § 2: „Bei den Hilfen und bei der Unterbringung ist auf die individuelle Situation der Person [...] Rücksicht zu nehmen. Ihre Würde, ihre Recht und ihr Wille sind zu achten. Die Prävention psychischer Störungen hat einen hohen Stellenwert.“

§ 4 besagt, dass die Hilfen wohnortnah vorgehalten werden. Sie sollen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und so wenig wie möglich in die gewohnten Lebensverhältnisse der Person eingreifen. Ambulante Hilfen sollen nach Möglichkeit auch außerhalb der Regelarbeitszeiten zugänglich sein.

Von fachlicher Seite wird immer wieder darauf verwiesen, dass das ambulante Hilfenetz bei psychischen Problemen diesen Ansprüchen leider oftmals nicht gerecht werden kann.

Das HessPsychKHG befindet sich gerade in der Evaluation. Die ambulante Unterstützung im Akutfall soll nach Aussagen der Landesregierung mit der Novellierung gestärkt werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Hilfen durch den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi)

1. Wie wurde der Sozialpsychiatrische Dienst nach Verabschiedung des HessPsychKHG ausgebaut? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
2. Wie viele Menschen mit welchen Qualifikationen und welchen Beschäftigungsumfang sind im Sozialpsychiatrischen Dienst tätig? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
3. Welche Aufgaben hat der SpDi?
Sind diese mit der vorhandenen Personalausstattung zu bewältigen?
4. Sind die SpDi aufsuchend tätig? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
5. Welche Einschränkungen erfährt die Arbeit des SpDi in der Corona-Pandemie?
6. Wie viele Klientinnen und Klienten sind regelmäßig/längerfristig an den SpDi angebunden? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
7. Wie viele Akutfälle gibt es seit Inkrafttreten des Gesetzes pro Monat?
Welche Möglichkeiten hat der SpDi, im Akutfall tätig zu werden? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
8. Welche Arbeits-/Öffnungszeiten deckt der SpDi ab? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)

9. Welche Probleme gibt es, Arbeitskräfte in welchen Professionen zu gewinnen?
Wie könnte Abhilfe geschaffen werden?
10. In wie vielen Fällen kommt es pro Jahr zu Unterbringungen, bei denen der SpDi einbezogen ist? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
11. Können die Berichte, die in anonymisierter Form an das HMSI einmal pro Jahr gehen, auch an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss des Landtags übergeben werden?
Wenn ja, plant die Landesregierung dies?
Wenn nein, warum ist dies nicht möglich?
12. Inwiefern ist der Mehrbelastungsausgleich, den das Land nach § 8 PsychKHG leistet, ausreichend für die Aufgaben des SpDi?
13. Wie hat sich der Mehrbelastungsausgleich seit 2017 entwickelt? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)

Koordination der Hilfeangebote

14. Wie werden die verschiedenen wohnortnahen Angebote in Hessen koordiniert und abgestimmt, um eine Unter-/Übersversorgung zu vermeiden?
15. Welche Rolle spielen dabei gemeindepsychiatrische Verbände in Hessen?
Wie sind deren Aufgaben definiert?
16. Gibt es Anbieter von psychiatrischen Leistungen, die nicht in gemeindepsychiatrischen Verbänden integriert sind?
17. Wie häufig und zu welchen Themen finden die Treffen der Einrichtungen und Personen statt, „um die psychiatrische Versorgung und die Hilfsangebote vor Ort zu analysieren mit dem Ziel, Unterbringungen zu vermeiden und die psychiatrische Versorgung und die Hilfsangebote vor Ort anzupassen und weiterzuentwickeln“ (§ 6 PsychKHG)? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)

Vermeidung von Unterbringungen

18. In wie vielen Fällen konnten zwangsweise Unterbringungen aufgrund frühzeitiger Interventionen verhindert werden? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
19. Welche ambulanten Nachsorgeformen gibt es für Menschen in Hessen, die aus einer stationären psychiatrischen Einrichtung entlassen wurden? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)

Ambulante Angebote im Akutfall

20. Welche Angebote gibt es für die Menschen in Hessen in einer akuten psychischen Krise? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
21. Wie und wann sind diese erreichbar?
22. Wer kann sich an diese Stellen wenden (Betroffene, Angehörige, Nachbarn, etc.)?
23. Welche niedrigschwelligen Angebote gibt es, die auch am Abend, an Feiertagen und am Wochenende erreichbar sind?
Gibt es professionelle Angebote per Telefon, Krisencafés, Krisenpensionen oder Hausbesuche?
Welche Voraussetzungen sind an die Nutzung gebunden?
24. Sieht die Landesregierung eine Notwendigkeit die vorhandenen Angebote zu verbessern, um Menschen in Krisensituationen zu unterstützen?
25. Welche Einrichtungen arbeiten mit welchen Konzepten (Offener Dialog u.a.)?
26. Welche Veränderungen plant die Landesregierung diesbezüglich zu initiieren?

Ambulante psychiatrische Versorgung

27. Wie viele niedergelassene ärztliche Psychotherapeutinnen und -therapeuten gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
28. Wie viele niedergelassene Fachärzte und -ärztinnen für Psychosomatische Medizin gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
29. Wie viele niedergelassene Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
30. Wie viele niedergelassene Fachärzte und Fachärztinnen für Psychiatrie gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
31. Wie viele niedergelassene Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker für Psychotherapie bzw. mit einer Erlaubniserteilung auf dem Gebiet der Psychotherapie gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
32. Wie viele niedergelassene Fachärztinnen und -ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
33. Wie viele niedergelassene Kinder- und Jugend-Psychotherapeutinnen und -therapeuten gibt es in Hessen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
34. Wie viele freie Sitze für die entsprechenden Professionen stehen dem jeweils gegenüber? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
35. Wie viele Ambulanzen gibt es zu den o.g. Aufgabenbereichen (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)?
Wie viele Patientinnen und Patienten können dort versorgt werden?

Ehrenamtliche Hilfe und Selbsthilfe/Unabhängige Beschwerdestellen

36. Wie sind die unabhängigen Beschwerdestellen in Hessen ausgestattet? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
37. Wie erfahren Betroffene von den Beschwerdestellen?
38. Wie viele Beschwerden sind seit Inkrafttreten des Gesetzes (pro Jahr) eingegangen? (bitte nach Kreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten aufschlüsseln)
39. Wie vielen Beschwerden konnte abgeholfen werden?
40. Was passierte mit den anderen Beschwerden?
41. Welche Unterstützung erhalten die Ehrenamtlichen, die in der unabhängigen Beschwerdestelle aktiv sind?
42. An welchen Stellen wird auf die Expertise von Psychiatrieerfahrenen zurückgegriffen?
43. Welche Aufgaben übernehmen Psychiatrieerfahrene?
44. Welche Möglichkeiten haben diese zur Aus- und Fortbildung?
In welchem Umfang und zu welchen Konditionen finden Aus- und Fortbildungen statt?
45. Welche finanzielle Unterstützung erhalten diese, um ihre Funktion ausüben zu können?
46. Inwiefern sind die Zuwendungen des Landes für die Beschwerdestellen kostendeckend?

Wiesbaden, 13. November 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler

Christiane Böhm